

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

der Abgeordneten Mag. Beate Meini-Reisinger, MES, Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Echte Lösungen gegen die Teuerung

eingebracht im Zuge der Debatte in der 211. Sitzung des Nationalrats über den Dringlichen Antrag der Abgeordneten Dr. Pamela Rendi-Wagner, MSc., Genossinnen und Genossen betreffend "Totalversagen der Bundesregierung im Kampf gegen die Teuerung"

Im Kampf gegen die Teuerung setzt die Regierung die auf falsche Maßnahmen. Diese Gießkannenpolitik heizt die Teuerung nur weiter an, und an der Supermarktkasse werden sich viele fragen, warum sich die Anti-Inflations-Maßnahmen nicht so recht auf der Rechnung niederschlagen.

Statt Kanne braucht es Konsequenz, denn die Regierung muss zuallererst selbst auf die Teuerungsbremse steigen:

Über 10% der Preise im Warenkorb sind direkt oder indirekt vom Staat festgelegt. Überall dort, wo der Staat als Anbieter - und meist Monopolist - auftritt, müssen die politisch Verantwortlichen auf die Preisbremse treten (Gebühren, Abgaben, Mieten in Gemeinde- und Landeswohnungen, ÖBB Tickets etc.).

Das gilt vor allem im Energiebereich, wo die Landesregierungen über ihre Landesenergieversorger die Bürgerinnen und Bürger weiterhin über Gebühren zur Kasse bitten. Die von den politischen Mehrheitseigentümern bis hin zum Aufsichtsratsvorsitz besetzten Gremien der Landesgesellschaften sind gefordert, endlich alles zu tun, um (a) die sinkenden Preise am Energiemarkt unmittelbar an die Kund:innen weiterzugeben; (b) Rechnungen endlich transparent und nachvollziehbar zu gestalten.

ÖVP und Grüne müssen hier endlich die Landeshauptleute in die Pflicht nehmen und an ihre Rolle erinnern: Entweder die als Preistreiber oder die als Teuerungsbremser!

Auch den zweiten großen Bereich im Kampf gegen die Lücke zwischen Einkommen und Auskommen hat die Regierung in der Hand. Nämlich dort, wo der Staat den Bürger:innen ihr sauer verdientes Einkommen gleich wieder über Steuern abnimmt, um es dann umgehend zielloos mit der Gießkanne zu verschütten. Es ist daher notwendig, die Steuerlast zu senken und insbesondere die Lohnabgaben drastisch zu reduzieren.

Drittens gehören endlich klar die Grenzen der Wirtschaftspolitik sowie der Eingriffe in den Markt gezogen und die Verantwortung und Möglichkeiten einer gezielten Sozialpolitik aufgezeigt. Dies könnte sich etwa in einer negativen Ökostrompauschale - also einem steuerlichen Guthaben - für Haushalte mit besonders niedrigem Einkommen niederschlagen.

Die Zeit der Ausreden für ÖVP und Grüne ist endgültig vorüber - wer als Regierung die Teuerung ehrlich bekämpfen und dämpfen will, fängt bei sich selber an und nimmt die Landeshauptleute in die Pflicht!

Was ist zu tun:

Kurzfristig wirksam:

Administrierte Preise bremsen; die Ärmsten nicht zurücklassen; steuerlich nachhaltig entlasten, um die Kaufkraft zu stärken!

- **STAAT ALS VORBILD STATT INFLATIONSTREIBER:** Der Staat darf Preise nicht mit Inflation erhöhen: 11% der Preise (im HPVI-Warenkorb) sind direkt oder indirekt vom Staat festgelegt oder administriert. Den Anstieg der Gebühren stoppen- aber auch bei den Mieten für Gemeindewohnungen einigen. Das hätte eine unmittelbar preisdämpfende Wirkung. Netzentgelte sollten entweder gesenkt werden, oder die Gelder sollten tatsächlich für einen massiven Netzausbau herhalten, was die Energiepreise langfristig auch senken würde.
- **GEZIELT UNTERE EINKOMMEN UNTERSTÜTZEN:** Härtefälle abfedern: Haushalte, die besonders von Teuerung betroffen sind, müssen weiterhin gezielt unterstützt werden. Eine entsprechende Datengrundlage ist spätestens seit der Covid Krise ausständig.
- **NACHHALTIG ENTLASTEN - RUNTER MIT DEN STEUERN AUF ARBEIT:** Der breite Mittelstand muss durch eine Steuersenkung mehr Kaufkraft haben, um sich von der eigenen Leistung auch mehr leisten zu können – dafür braucht es steuerliche Entlastungsmaßnahmen. Weiters müssen Lohnnebenkosten dringend gesenkt werden, um Spielraum für die Tarif- und Lohnverhandlungen im Herbst zu schaffen, um Nettolöhne zu erhöhen und um die Kostenbelastung der Unternehmen zu reduzieren und dadurch die Preisspirale zu dämpfen. Damit es zu keinen Leistungskürzungen kommt, kann durch Kompensationszahlungen aus dem Bundesbudget gegengesteuert werden.

Mittelfristig wirksam:

Sparanreize setzen, damit die Preise für jene sinken, die nicht sparen können; eine gute Standortpolitik erzeugt Wettbewerb und Wettbewerb senkt Preise.

- Stärkung des Wettbewerbs und höhere Produktivität - mehr Fokus auf Strukturreformen und liberale Standortpolitik.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, Abgaben und Gebühren zu senken und auf Länder und Gemeinden über den Finanzausgleich Druck aufzubauen, diese Belastungen ebenfalls zu senken. Zusätzlich wird die Bundesregierung aufgefordert, die Menschen über niedrigere Steuern zu entlasten und über treffsichere Sozialpolitik Härtefälle abzufedern, anstatt durch ziellose Geldgeschenke und Förder-Gießkanne die Inflation weiter anzuheizen."

Barbara Brandstätter
Barbara Prammer
Barbara Prammer (wieder)
Michael L.